

allein zur Wahlbeteiligung von 99 v. H. in Südtirol, sondern überstieg in 15 Gemeinden 100 v. H. mit Maximum 141 v. H. in Inchnichen! Dabei ergab sich, daß die nicht in ihrem Heimatgemeinden — wie das sonst in Italien üblich ist —, sondern in ihren Südtiroler Standorten wählenden Soldaten, Politisten und Gendarmen zum großen Teil kommunistisch und linkssozialistisch wählten. Die italienischen Linkskommunisten erhöhten ihren Anteil in Südtirol um 137 v. H. und auf 30,9 v. H. unter allen italienischen Stimmen in Südtirol. In Orten wie Innichen, Welsberg, Mals, Meran kam es zu einer Steigerung der kommunistischen Stimmen bis zu 303 v. H. Das erweist eine erschreckende Durchsetzung der mit neuestem NATO-Material ausgerüsteten italienischen Streitkräfte. So ist das kommunistische Element, das bisher im Bozener und Meraner Industriegebiet saß, durch Mitziir und Polizei in die Täler und Grenzgebiete Südtirols gelangt. Die Südtiroler Volksguppe dagegen ist auch diesmal ein den kommunistischen Infiltrationsversuchen widerstehender Sicherheitsfaktor geblieben. Es ist bemerkenswert, daß man nunmehr — wie die Flugblattaktionen beweisen — diese Haltung der Südtiroler aufzubrechen suchen.

S. M.

(Aus „Rheinischer Merkur“, Koblenz)

## Ein Südtiroler — Landeshauptmann von Tirol

Am 13. Juli hat der Tiroler Landtag im ersten Wahlgang und ohne Gegenstimmen den bisherigen Landesrat Eduard Wallnöfer zum Nachfolger des kürzlich jahresverstorbenen Tiroler Landeshauptmannes Dr. Tschiggajew gewählt. Diese Wahl muß uns in Südtirol mit ganz besonderer Freude erfüllen. Nicht etwa nur, weil der neue Chef der Tiroler Landesregierung aus Südtirol (aus Schluderns im Vinschgau) stammt, sondern noch viel mehr, weil er sich stets mit Mut und Zähigkeit um die Lösung der mannigfaltigen Probleme seiner südlichen Stammheimat eingesetzt hat.

Daß Südtirol für ihn ein Herzensanliegen ist, hat der neue Landeshauptmann gleich in seiner großangelegten Antrittsrede, in der er seine besondere Verbundenheit mit seinen Landsleuten südlich des Brenners ausdrücklich hervorhob, bewiesen. Aus seinen Worten sprach eine tiefe Sorge um die weitere Zukunft des Landes zwischen Etsch und Eisack:

„Ganz besonders belastet mich“, sagte er, „die Sorge um die Landschaft jenseits des Brenners. Dort, in diesem herrlichen Land, haben im Jahre 1918 rund 245.000 deutschsprachige Tiroler und Ladinler sowie 7000

Die UNO, das hohe Parlament aller Staaten der Erde, hat dann in einer Entscheidung die österreichische und die italienische Regierung aufgefordert, eine Regelung dieser Streitfrage mit friedlichen Mitteln zu suchen. Die italienische Regierung hat schließlich eine Kommission, die bekannte Neuwähler-Kommission, zum Studium der Probleme geschaffen. Diese Kommission sollte ihre Arbeit ursprünglich im Frühjahr 1962 beenden. Wir haben alles getan, um diese Arbeit zu fördern und störungsfrei zu halten. Und nun möchte ich aber wirklich hoffen, daß nach einer so langen Verzögerung die Arbeiten in der Kommission zu einem guten Ende kommen. Ich wünsche von Herzen, daß die Beratungsergebnisse eine echte Grundlage für die notwendigen Beschlüsse bei den bilateralen Verhandlungen bilden und daß dann den Südtirolern in einer Autonomie für die Provinz Bozen die kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Rechte gesichert werden. Damit soll dann auch dem Geist des Pariser Vertrages vom Jahre 1946 entsprochen werden.“

Ich möchte aber auch aus tiefstem Herzen die Hoffnung aussprechen, daß die in Südtirol in Haft Gehaltenen nicht als Verbrecher, sondern als Menschen behandelt werden, denen in der letzten Konsequenz zuzubilligen ist, daß sie ans Lieber zur Heimat gebandelt haben. Wenn endlich Recht und Frieden in Südtirol eintreten, kann sich das Land diesseits und jenseits des Brenners, das alte Pfälzer Tirol, wieder als wirkliches Bundesglied zwischen dem Norden und dem Süden eines — wie wir hoffen — bald gemeinsamen Europas fühlen ...“

Und nach seiner Angeobildung durch Bundespräsident Dr. Schärff am 17. Juli kam Landeshauptmann Wallnöfer wieder auf das Thema Südtirol zu sprechen. In Anwesenheit des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Gorbach, der gesamten Tiroler Landesregierung und anderer hoher Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, erklärte er mit erster Eindringlichkeit:

„Die Feierlichkeit dieses Augenblicks darf uns nicht dazu verleiten, das Notwendige zu vergessen. Sie werden verstehen, daß uns Tirolern das Schicksal der Bevölkerung Südtirols besonders am Herzen liegt. Wir hoffen, daß die seit zwei Jahren laufenden Verhandlungen der Neuwähler-Kommission zum Studium der Probleme in Südtirol bald zu einem guten Ende gelangen mögen. Wir wünschen weiter, daß die Beratungsergebnisse dieser Kommission eine echte Grundlage für die notwendigen Beschlüsse bei den bilateralen Verhandlungen bilden und daß dann den Südtirolern in einer echten Autonomie für die Provinz Bozen die kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Rechte gesichert werden.“

Dabei weiß jeder, der den neuen Landeshauptmann kennt, daß er kein Freund von schöngereden Reden, sondern ein Mann der Tat ist. Das hat er in seiner Antrittsrede mit einem Anflug seines ihm eigenen Humors auch zu verstehen gegeben, als er sagte, Festreden würde er persönlich nur halten, wenn er unbedingt müsse. Wallnöfer ist immer ganz Aktion gewesen: seine Worte sind klar, seine Entscheidungen präzise. Es braucht keine Erläuterungen, man weiß, welchen Standpunkt er bezogen hat. Das ist

## Am 9. Dezember: Sungstoffprozeß in Mailand?

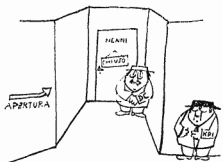
Das gegen die Südtiroler politischen Häftlinge eingeleitete Gerichtsverfahren wird, am 9. Dezember vor dem Schwurgericht in Mailand beginnen. Dies erklärte der Präsident des Schwurgerichtes Mailand, Dr. Simonetti, einer Gruppe von Anwälten der Südtiroler politischen Häftlinge, die er kürzlich empfangen hat. Der zuständige Mailänder Staatsanwalt Dr. Gresti, teilte seinerseits mit, daß man inzwischen Vorkehrungen getroffen habe, um die Südtiroler politischen Häftlinge, die im Juni auf verschiedene Kerker Oberitaliens aufgeteilt worden waren, noch innerhalb des Monats Juli nach Mailand zu bringen. Dort werde zu diesem Zweck ein Flügel des Gefängnisses „San Vittore“ geräumt und hergerichtet.

Überdies bemühe man sich, einen geeigneten Dolmetscherdienst einzurichten, um es den Häftlingen zu ermöglichen, mit ihren Angehörigen unbehindert in der Mutter-sprache sprechen und korrespondieren zu können.

Die einzelnen Gerichtsverhandlungen werden im großen Saal des Mailänder Schwurgerichtes stattfinden. Gegenwärtig geht man daran, diesen so einzurichten, daß es für das Verteidigerkollegium, für die Presseleute aus dem In- und Ausland und für die über 150 Angeklagten Platz bieten wird. Die Verhandlungen werden vier Tage pro Woche vormittags und nachmittags abgehalten werden. Man will diese Zeitordnung einhalten, um den Prozeß mit größter Eile durchzuführen. Trotzdem muß mit einer Prozeßdauer von ca. dreieinhalb bis vier Monaten gerechnet werden.

Der Südtiroler Senator Dr. Luis Sand, hat inzwischen vom Justizminister Bosco einen Brief erhalten, in welchem dieser eine schleunige Abhilfe der mehrfach beklagten Mißstände bezüglich der Behandlung der Südtiroler Häftlinge ausspricht.

Sinistre Sache



(Paul Flores in „Die Zeit“)

Italiener gewohnt. Im Jahre 1951 wohnten dort 217.000 Südtiroler und Ladinler und 118.000 Italiener. Niemand wird leugnen, daß der Vertrag vom Jahre 1946 für die Südtiroler Erleichterungen gebracht hat. Es gibt seitdem wieder deutsche Schulen, eine gewählte Gemeindeverwaltung und einen Südtiroler Landtag, wenn auch mit geringen Kompetenzen. Die sprachhafte und ganz unorganische Matisierung einer zum Teil staatenrechtlichen Industrie im Raume von Bozen und die einseitig gelenkte Wohnbaupolitik haben aber bewirkt, daß seit 1945 vorwiegend Italiener in Südtirol beschäftigt und seßhaft gemacht werden, während die jungen Südtiroler im Ausland Arbeit und Brot suchen müssen. Weil diese Entwicklung in absehbarer Zeit zur vollständigen Verdrängung des Südtiroler Volkstums führen müßte, hat Österreich als Vertragspartner des Pariser Vertrages im Einvernehmen mit den Südtirolern von der italienischen Regierung die Landesautonomie für Südtirol als Erfüllung des Pariser Vertrages verlangt und sich nach langen ergebnislosen Verhandlungen an internationale Instanzen gewendet.